Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 29.09.2026 **Drucksache** 19/**13630**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Christoph Maier, Richard Graupner, Andreas Winhart, Johannes Meier, Gerd Mannes, Benjamin Nolte, Markus Walbrunn, Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Dieter Arnold, Oskar Atzinger, Jörg Baumann, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Rene Dierkes, Daniel Halemba, Martin Huber, Andreas Jurca, Florian Köhler, Oskar Lipp, Stefan Löw, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Johann Müller, Elena Roon, Franz Schmid, Ralf Stadler, Ramona Storm, Markus Striedl, Matthias Vogler** und **Fraktion (AfD)**

Bayerischen Ministerpräsidenten beim Wort nehmen: Milliardenausgaben für Zertifikate-Handel beenden – Europäisches Emissionshandelssystem sowie nationale CO_2-Bepreisung jetzt abschaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Worten des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder Taten folgen zu lassen und effektive Maßnahmen zur Reduzierung der Sprit- und Energiepreise zu ergreifen. Dafür soll sie sich auf EU-Ebene für die umgehende Abschaffung bzw. grundlegende Änderung des Europäischen Emissionshandelssystems EU-ETS einsetzen.

Damit verbunden wird die Staatsregierung aufgefordert, auf Bundesebene und im Bundesrat auf die sofortige Abschaffung des nationalen Brennstoffemissionshandels („CO_2-Bepreisung“) zu drängen.

Begründung:

Auf der Herbstklausur der CSU-Fraktion im Kloster Banz erklärte Ministerpräsident Dr. Markus Söder am 22. September 2026 mit Blick auf die hohen Belastungen durch Steuern und Abgaben: „Die Energiepreise müssen runter. Dafür braucht es eine konzeptionelle Neuaufstellung.“ Ausdrücklich bezog er dabei auch auf die nationale CO_2-Abgabe auf Kraftstoffe, Heizöl und Gas. Dabei stellte er auch die Frage, ob diese „in dieser Form bleiben“ könne. Damit positioniert sich der Ministerpräsident klar gegen den aktuellen Klimakurs. Nun müssen diesen Worten aber auch konkrete Taten folgen. Zumal steigende Energiepreise, Versorgungsengpässe und die daraus resultierende Wirtschaftskrise selbst in Brüssel nicht länger ignoriert werden können. Die Kommission hat in der Folge die eigenen Klimaziele erheblich aufgeweicht. Neben der Abschwächung der linearen Reduktionsfaktoren für den Europäischen Emissionshandel (EU-ETS) wurde auch die für 2027 geplante Ausweitung des ETS auf die Sektoren Gebäude und Verkehr vorerst aufgeschoben. Weiterhin sollen die europäischen Industrien auch über das Jahr 2030 hinaus kostenlose CO_2-Zertifikate erhalten.

Die dogmatische EU-Politik mit starren Emissionsminderungszielen wird also derzeit schrittweise zurückgenommen, wobei der große Befreiungsschlag aber bislang ausgeblieben ist. Deshalb muss jetzt auch von bayerischer Seite alles getan werden, um die Entwicklungen zu beschleunigen und die Bürger zu entlasten.

Die aktuelle Notlage beweist, dass klimapolitische Wunschvorstellungen an der Realität gescheitert sind: Europa ist nach wie vor auf fossile Energieträger angewiesen und wird dies noch auf Jahrzehnte bleiben. Dies gilt insbesondere für Deutschland, das nach

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

dem politisch erzwungenen Atomausstieg mehr denn je auf konventionelle Kraftwerke setzen muss. Auch der Freistaat ist infolge der sogenannten Energiewende und dem Atomausstieg auf Stromimporte angewiesen. Diese Versorgungskrise wird durch die politische Benachteiligung von Kohle, Öl und Gas auf Bundes- und EU-Ebene zusätzlich verschärft. Auf EU-Ebene sorgt der Emissionshandel nach wie vor für steigende Gestehungskosten in fossilen Kraftwerken, auf nationaler Ebene werden Heiz- und Kraftstoffpreise durch die CO_2-Bepreisung zudem weiter künstlich verteuert.

Die Staatsregierung muss nun Konsequenzen aus dieser fahrlässigen Politik ziehen und die Versorgung der bayerischen Industrie und Verbraucher mit bezahlbarer Energie wieder in den Vordergrund stellen. Der europäische Emissionshandel ist daher ebenso abzuschaffen wie der nationale Brennstoffemissionshandel. Statt „kosmetischer“ Korrekturen an planwirtschaftlichen Instrumenten braucht es endlich einen echten politischen Befreiungsschlag.